

Deutscher Bundestag

Ausschuss für Menschenrechte
und humanitäre Hilfe

Ausschussdrucksache 20(17)72

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe des Bundestags am 6.11.2023

Thema: Verschärfung der Nahrungsmittelunsicherheit und Wasserknappheit – Ursachen, Folgen und Lösungen

Schriftliche Stellungnahme von Sarah Schneider, Referentin für Landwirtschaft und Welternährung, Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V.

1) Ursachen für Nahrungsmittelunsicherheit und mögliche Lösungsansätze sowie Auswirkungen von Sanktionen auf die Versorgung der Bevölkerung

1.1) Hunger ist politisch – strukturelle Ursachen für Hunger und Ernährungsunsicherheit

Etwa 735 Millionen Menschen weltweit leiden an Hunger. Das sind 122 Millionen Menschen mehr als noch im Jahr 2019. Darüber hinaus sind 2,4 Milliarden Menschen – rund 30 Prozent der Weltbevölkerung – von mittlerer bis schwerer Ernährungsunsicherheit betroffen. In diesen Haushalten muss aus Mangel an Geld oder anderen Mitteln weniger und/oder minderwertige Nahrung gegessen werden.¹

Der Blick auf die Weltkarte zeigt, dass Ernährungsunsicherheit ungleich verteilt ist. Doch auch innerhalb der Länder sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen. Der Global Nutrition Report von 2020 weist darauf hin, dass die globalen und nationalen Zahlen relevante Ungleichheiten innerhalb der Länder und Gesellschaften verbergen.² Auch Länder wie Brasilien, die selbst Agrargüter in hohem Umfang exportieren, haben mit Hunger zu kämpfen. Der Grund dafür ist, dass Hunger in den meisten Fällen nicht durch einen realen Mangel an Nahrung entsteht, sondern als Folge von Armut, Konflikten, sozialer Benachteiligung, Diskriminierung oder Vertreibung. Der brasilianische Ernährungsbericht von 2022 zählt 33 Millionen Menschen, die an Hunger leiden und betont, wie auch der Global Nutrition Report, dass sich Hautfarbe, Gender, Bildungsgrad, soziale Herkunft und Wohnort / Region massiv auf die Ernährungssituation der einzelnen Personen und Haushalte auswirken. Indigene, Black and People of Color, kleinbäuerliche Familien, von Frauen geführte Haushalte sowie einkommensschwache Familien mit kleinen Kindern sind unverhältnismäßig stark betroffen.³

¹ SOFI 2023: The State of Food Security and Nutrition in the World 2023 (fao.org)

² Executive_Summary_2020_Global_Nutrition_Report.pdf (globalnutritionreport.org)

³ OLHESumExecutivoINGLES-Diagramacao-v2-R01-02-09-20224212.pdf (olheparaafome.com.br)

In Kooperation mit der Universität Göttingen hat Misereor die finanzielle Lücke berechnet, die Menschen weltweit von einer gesunden Ernährung trennt. Weltweit sind dies 3 Billionen US-Dollar, was gerade 2,2 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung entspricht (in GDP PPP), aber 41% der Weltbevölkerung vom Recht auf Nahrung trennt.⁴ Wichtig ist in diesem Kontext zu beachten ist, dass die international Armutsgrenze für SDG1 von 2,15 US Dollar nicht ausreicht um die minimalen Ansprüche an eine gesunde Ernährung zu erfüllen.

1.2) Große Herausforderungen durch Konflikte und multiple Krisen

Neben den fortbestehenden strukturellen Ursachen haben ökologische und wirtschaftliche Krisen, die Covid-19 Pandemie sowie Kriege und Konflikte die Ernährungslage in den letzten Jahren zusätzlich verschärft. Rund 258 Millionen Menschen in 58 Ländern waren im Jahr 2022 von akutem Hunger, bis hin zur Hungersnot, betroffen.⁵

Beispielsweise hat die Klimakrise, die mit zunehmenden Dürren, Starkregen, Stürmen und Ernteaufschlägen einhergeht, im Jahr 2022 über 56 Millionen Menschen in 12 Ländern in akute Ernährungsunsicherheit gebracht. Im östlichen Afrika erlebte die Bevölkerung die schlimmste Dürre seit 40 Jahren, in Indien herrschte im Frühjahr eine extreme Hitzewelle.^{6 7} Bis 2050 könnte der Klimawandel 80 Millionen Menschen in Hungergefahr bringen, insbesondere in Subsahara Afrika, Südasien und Zentralamerika.⁸ Neben den akuten klimabedingten Katastrophen verursacht der Klimawandel auch schleichende Umweltveränderungen, wie Versalzung der Böden, Absinken des Grundwasserspiegels, Biodiversitätsverluste, welche die Voraussetzungen für die Landwirtschaft zunehmend erschweren. In einigen Regionen erwarten Expert*innen einen Ernterückgang bis zu 30 Prozent bis 2050.⁹ Die Klimakrise trifft arme Bevölkerungsgruppen im globalen Süden besonders hart, obwohl sie am wenigsten zum CO₂ Ausstoß beitragen.

Des Weiteren verursachen Konflikte und kriegerische Auseinandersetzungen Hunger und Ernährungsunsicherheit. Immer wieder werden die Erfolge jahrzehntelanger Entwicklungszusammenarbeit durch Krieg zerstört, vor allem bei der Verbesserung der Ernährungslage. Menschen geraten in tiefste Not, weil sie alles verlieren. Die Zahl der Menschen, die aufgrund von Konflikten Hunger leiden, ist in den letzten Jahren gestiegen. Im Jahr 2022 waren 117 Millionen Menschen in 19 Ländern / Gebieten aufgrund von Gewaltkonflikten von Hunger betroffen.¹⁰ Einerseits geraten Menschen durch Konfliktsituationen, die u.a. zur Zerstörung oder Enteignung von Ernten und Lagervorräten, zur Vertreibung und Flucht führen, in Ernährungsunsicherheit. Gleichzeitig können die Preise für Agrarprodukte in Folge eines Krieges in die Höhe getrieben werden – deutlich sichtbar am Beispiel des Ukraine-Kriegs - was wiederum zu mehr Ernährungsunsicherheit, insbesondere bei ärmeren Bevölkerungsgruppen, führt.

⁴ Misereor Jahresheft Welternährung: Die Armutslücke, 2023 und [Stehl et al. \(2023\). The global income gap to a healthy diet.](#)

⁵ GRFC2023-brief-EN.pdf (fsinplatform.org)

⁶ Hungerkrise im Osten Afrikas: Hilfsorganisationen kritisieren unzureichende UN-Mittel - Bündnis Entwicklung Hilft (entwicklung-hilft.de)

⁷ Hitzewelle in Indien - Es wird lebensgefährlich (deutschlandfunkkultur.de)

⁸ IPCC 2022: Fact sheet - Food and Water (ipcc.ch)

⁹ Folgen des Klimawandels | BMZ

¹⁰ GRFC2023-brief-EN.pdf (fsinplatform.org)

Wirtschaftliche Krisen und Schocks, einschließlich der sozioökonomischen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine, verursachten im Jahr 2022 akuten Hunger bei 83,9 Millionen Menschen in 27 Ländern.¹¹ Die Kosten stiegen u.a. für Treibstoff, Dünger und Lebensmittel. Beispielsweise stiegen die Getreidepreise in Burkina Faso zwischen 2021 und 2022 um 21,2%, die Preise für Knollen und Kochbananen sogar um 44%. Mais verteuerte sich um 30%. In einzelnen Regionen des Landes lagen die Preisanstiege noch deutlich höher.¹² Hohe Lebensmittelpreise in Verbindung mit unhaltbarer Verschuldung in einigen Ländern bei hohen Zinssätzen und Währungsabwertung werden voraussichtlich den Zugang der Haushalte zu Nahrungsmitteln weiter verschlechtern und schränken die fiskalische Kapazität der Regierungen ein, um Hilfe zu leisten.¹³

1.3) Anfälligkeiten und Schiefelage des Ernährungssystems

Im Jahr 2022 zeigt die durch den Ukraine-Krieg (mit-)ausgelöste weltweite Krise, wie eng die globale Ernährungssicherheit miteinander verknüpft ist. Sie verdeutlicht strukturelle Marktprobleme und die Import-Abhängigkeit vieler Länder für Grundnahrungsmittel, Viehfutter, Dünger und Treibstoff.¹⁴ Das globale Ernährungssystem ist extrem abhängig von fossilen Energieträgern, und steigende Energiepreise für Öl und Gas wirken sich massiv auf die Landwirtschaft und die Lebensmittelpreise aus. Mit steigenden Preisen für synthetischen Stickstoffdünger verteuerte sich auch die Produktion von Getreide und Mais deutlich. In Indien stiegen im Jahr 2022 die Kosten der Düngersubventionen von 9,8 Milliarden US Dollar auf 17,1 Milliarden US-Dollar. Gleichzeitig erzielten die neun größten Düngerhersteller Rekordgewinne.¹⁵ Mit gestiegenen Ölpreisen steigen auch die Preise für den Diesel für Landmaschinen, Kosten für Transport, Kühlung und Weiterverarbeitung von Lebensmitteln. Um diesen Abhängigkeiten zu entkommen, darf eine Transformation des Ernährungssystems nicht länger aufgeschoben werden.

Eine weitere Schiefelage ist, dass Land zunehmend für die agrarindustrielle Produktion von Cash Crops statt für den Anbau von Grundnahrungsmitteln zur Verfügung steht. Seit der Jahrtausendwende wurden nach aktuellen Schätzungen 100 bis 214 Millionen Hektar Land an Investoren transferiert. Die Anbaufläche von Palmöl, Zuckerrohr, Soja und Mais ist seither um 150 Millionen Hektar gewachsen. Die Anbaufläche von Grundnahrungsmitteln wie Kartoffeln, Hirse, Roggen und Sorghum ging im gleichen Zeitraum um 24 Millionen Hektar

¹¹ GRFC2023-brief-EN.pdf (fsinplatform.org)

¹² Eine Abfrage unter Misereor-Partnern im Kontext der Ukrainekrise zeigte deutlich, wie sich verschiedene Probleme und Krisen überlagerten. Unter dem Druck der steigenden Preise wurden auch die Handlungsspielräume unserer Partner mit den vorhandenen Finanzmitteln deutlich eingeschränkt.

¹³ Food Security, Climate Change, and Health: Global environmental climate change, covid-19, and conflict threaten food security and nutrition - PMC (nih.gov)

¹⁴ Food Security, Climate Change, and Health: Global environmental climate change, covid-19, and conflict threaten food security and nutrition - PMC (nih.gov)

¹⁵ A corporate cartel fertilizes food inflation | IATP

zurück.¹⁶ Gleichzeitig sind Landarmut und Vertreibungen von kleinbäuerlichen Gemeinden, Hirtenvölkern, Indigenen sowie von Black and People of Color ein zentraler Faktor für Armut und Hunger. Der UN-Sonderberichterstatter zum Recht auf Nahrung, Michael Fakhri, empfiehlt daher, dass Staaten sich für eine gerechtere Verteilung von Land einsetzen sollten.¹⁷

Während es an vielfältigen und gesunden Lebensmitteln wie Obst, Nüsse und Gemüse fehlt, sind stark verarbeitete Lebensmittel zunehmend verfügbar, billig und werden intensiv vermarktet; ihr Absatz ist in Ländern mit hohem Einkommen nach wie vor hoch und nimmt in Ländern mit mittlerem und niedrigem Einkommen schnell zu.¹⁸

1.4) Maßnahmen und Ansätze der Hungerbekämpfung im Kontext der Transformation des Agrar- und Ernährungssystems

Mit Blick auf die steigenden Hunger-Zahlen, die lock-ins des agrarindustriellen Agrar- und Ernährungssystems, die sich zuspitzende Klimakrise, Wirtschaftskrisen, politische Instabilität sowie geopolitische Interessen, die das gemeinsame Handeln als Weltgemeinschaft erschweren, ist das Ziel (SDG 2) bis 2030 kaum zu erreichen. Die Vereinten Nationen warnen, dass das Ziel „Null Hunger“ nur mehr durch eine schnelle und entschiedene Transformation der Ernährungssysteme erreicht werden kann.¹⁹

Eine große Herausforderung liegt dafür im Kampf gegen Armut und Ungleichheit.²⁰ Beispielsweise kann das „Null Hunger“ Ziel nur erreicht werden, wenn gleichzeitig für Geschlechtergerechtigkeit (Ziel 5) gekämpft wird. Eine Welt ohne Hunger wird es nur geben, wenn die Verwirklichung der Rechte von ausgegrenzten und benachteiligten Menschen an erster Stelle steht. Dafür muss den Hungernden und Fehlernährten die Rolle von aktiv handelnden Subjekten in der Hungerbekämpfung zugestanden werden. Nach diesem Grundsatz sollten alle Förderansätze an den realen Bedürfnissen der vulnerablen Gruppen ausgerichtet werden. Das bedeutet, u. a. die Rechte von kleinbäuerlichen Erzeuger*innen, Indigenen, handwerklichen Fischer*innen, Arbeiter*innen, städtischen Arme, und Frauen zu achten, zu fördern und zu schützen.²¹

Für die ländliche Bevölkerung, die besonders von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffen ist, darunter Kleinbauern und Kleinbäuerinnen, Indigene, Hirtenvölker, Landlose, Landarbeiter*innen, u.a., sind Maßnahmen nötig, die ihren Zugang zu natürlichen Ressourcen wie Land, Wasser und Saatgut sichern. Umverteilende Agrarreformen sind ein wichtiges politisches Instrument, um Landkonzentration und mangelnden Zugang zu Land entgegenzuwirken. Hirtenvölker brauchen sicheren Zugang zu Weideflächen, Wasserstellen und Wanderkorridoren und das Recht auf Mobilität, um die natürlichen Ressourcen in den ariden und semiariden

¹⁶ Zahlen beruhen auf offiziellen Statistiken der Welternährungsorganisation FAO: <https://www.fao.org/faostat/en/#compare>

¹⁷ A/77/177: The right to food and the COVID-19 pandemic - Interim report of the Special Rapporteur on the right to food, Michael Fakhri | OHCHR

¹⁸ Executive_Summary_2020_Global_Nutrition_Report.pdf (globalnutritionreport.org)

¹⁹ United Nations Economic and Social Council (2023). Progress towards the Sustainable Development Goals: Towards a Rescue Plan for People and Planet. Report of the Secretary-General (Special Edition). Advanced unedited version.

²⁰ HLPES Inequalities: Reducing inequalities for food security and nutrition (fao.org)

²¹ Positionspapier_welternahrung2030_web20201009.pdf (globalpolicy.org)

Zonen dieser Welt nachhaltig zu nutzen.²²

Ziele und Maßnahmen der Weltgemeinschaft zur Bekämpfung der Armut müssen entschiedener werden. Strukturelle Maßnahmen sind erforderlich, die Menschen im Globalen Süden und ihren Regierungen mehr Spielraum geben sich aus Armut zu befreien. Verschuldete Länder haben zu wenig Spielraum für Investitionen in Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Absicherung. Konkret kann die Bundesregierung noch in diesem Jahr im UN-Verfahren zur Förderung einer inklusiven und effektiven Zusammenarbeit in Steuerfragen (GA Resolution 77/244) Beschlüsse unterstützen, die den Ländern des globalen Südens höhere Einnahmen zugestehen. Neben umfassenden Schuldenerlassen für hochverschuldete Länder im globalen Süden ist auch die Weichenstellung für ein internationales Staateninsolvenzverfahren nötig, sodass Staaten Hunger und Armut aus eigener Kraft begegnen können. Im Welternährungsausschuss (CFS) kann sich die Bundesregierung für starke Empfehlungen zum Umgang mit Ungleichheit in Ernährungssystemen einsetzen.

Um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen, sind systemische Ansätze wie die Agrarökologie nötig, die Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ganzheitlich betrachten. Nur den Fokus auf einzelne Faktoren der landwirtschaftlichen Produktion zu legen, zum Beispiel auf die Entwicklung dürrerotoleranter Pflanzen oder synthetische Düngemittel auf Basis von grünem Ammoniak, ist unzureichend. Eine Umorientierung hin zur Priorisierung lokaler, diversifizierter und resilienter Ernährungssysteme mit Fokus auf die lokale Ernährungssicherung hat großes Potential für die lokale Entwicklung und Armutsbekämpfung. Des Weiteren erhöhen menschenrechtliche und agrarökologische Ansätze die Fähigkeit vulnerabler Gruppen, auf Krisen zu reagieren und sich schneller davon zu erholen.²³ Politik gegen den Hunger kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie Resilienz befördert.

1.5) Multilateraler Mechanismus für eine global abgestimmte Krisenreaktion

Die steigenden Hungerzahlen und zunehmenden Krisen erfordern eine stärkere Kohärenz zwischen den verschiedenen internationalen Initiativen, sowie die Notwendigkeit, kurz- und mittelfristige Lösungen zu finden, die mit einer langfristigen und nachhaltigen Transformation der Lebensmittelsysteme einhergehen. Eine Innovation im Bereich der globalen Steuerung der Welternährungspolitik ist der reformierte Welternährungsausschuss (Committee on World Food Security - CFS). In dieser multilateralen inklusiven UN-Plattform mit 138 Mitgliedsstaaten haben die von Hunger und Ernährungsunsicherheit besonders betroffenen Gruppen ein formales Mitspracherecht. Gemäß seinem Mandat kann das CFS eine Schlüsselrolle bei der Stärkung der Zusammenarbeit zwischen Regierungen, internationalen Organisationen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, dem Privatsektor und anderen relevanten Akteuren spielen, und wird als die am besten geeignete Plattform befunden, um eine global abgestimmte politische Reaktionen auf die vielfältigen Dimensionen von Nahrungsmittelkrisen ermöglichen.

Entsprechend wurde auf der diesjährigen CFS Sitzung vor einer Woche, im Arbeitsplan (MYPoW) des CFS die Einrichtung eines Mechanismus verankert, welcher reaktionsfähig auf Krisen und Schocks sein soll. Im Fall des

²² Positionspapier_welternahrung2030_web20201009.pdf (globalpolicy.org)

²³ Agroecology as a transformative approach to tackle climatic, food, and ecosystemic crises - ScienceDirect

Ausbruchs einer neuen Ernährungskrise kommt der CFS sofort zusammen und berät als Plattform mit allen relevanten Akteuren über eine koordinierte politische Antwort. Der CFS entwickelt außerdem ein Prozedere für die zu ergreifenden Maßnahmen.²⁴

Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dass die globale Politikkoordinationsfunktion des CFS nun konkret gestärkt und ausgestaltet wird sowie zentrale Themen aufgreift, die von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierung der am stärksten von Ernährungskrisen betroffenen Ländern vorgeschlagen werden. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese Koordinationsfunktion mit den ebenfalls im MYPoW vorgesehenen workstreams zu 20 Jahren Right to Food Guidelines sowie zur verstärkten Nutzung der CFS Politikleitlinien verzahnt wird. Dadurch könnte eine klare Menschenrechtsorientierung wie eine bessere Umsetzung der CFS-Ergebnisse für die verstärkte Politikkoordination zu Ernährungskrisen erreicht werden.

1.6) Auswirkungen von Sanktionen und Wirtschaftskriegen, Instrumentalisierung von Hunger als Kriegswaffe

Wirtschaftspolitische Sanktionen sollten nicht den Handel mit Lebensmitteln und die Nahrungsproduktion betreffen, da dadurch der Zugang zu Nahrung im Sinne des Menschenrechts eingeschränkt wird und insbesondere die ärmere Bevölkerung und vulnerable Gruppen unter Folgen wie Preissteigerungen und Ernährungsunsicherheit leiden.²⁵ Vielmehr stehen die Vertragsstaaten des Sozialpaktes im Hinblick auf das Recht auf Nahrung in der Pflicht, den Zugang zu Nahrung zu schützen und zu gewährleisten.

Bei humanitären Krisen sollte die ungehinderte Versorgung der Bevölkerung gewährleistet sein. Die Hilfe sollte in alle betroffenen Länder geschickt werden, und der Dialog mit den relevanten Akteuren vor Ort, auch auf Ebene der Zivilgesellschaft, gesucht werden, um die Hilfe ohne Diskriminierung bestimmter Gruppen auf das abzustimmen, was für die Betroffenen am notwendigsten ist. Dazu gehören u. a. Nahrungsmittel, Medikamente, medizinische Ausrüstung, Treibstoffe und Baumaterial sowie ungehinderte Finanzströme zur Unterstützung dieser Hilfe.²⁶ Der unter 1.5) erwähnte Krisenmechanismus könnte dazu beitragen, politische Lösungen zu finden, die das humanitäre Völkerrecht schützen.

2) Die Ressource Wasser als Teil der Daseinsvorsorge

Bei dieser Betrachtung sollte unterschieden werden zwischen den menschenverursachten und generell ungelösten Aspekten der Wasserkrise, die in vielen Regionen der Welt seit Jahrzehnten zur Hemmung in der Entwicklung und Gefährdung von Leben, vor allem von Frauen und Kindern führt, und den aktuellen Ereignissen durch die klimatischen Veränderungen. Die Klimakrise verschärft und beschleunigt viele Defizite und verstärkt ihre Sichtbarkeit.

²⁴ CFS 2023/51/7 - CFS Multi-Year Programme of Work (MYPoW) 2024-2027 (fao.org)

²⁵ Impact of sanctions | OHCHR

²⁶ Statement of the CSIPM Coordination Committee in solidarity with Turkey and Syria - CSIPM (csm4cfs.org)

Arme oder ausgegrenzte und gefährdete Bevölkerungsgruppen haben häufiger als andere Schwierigkeiten beim Zugang zu einer sicheren Wasserversorgung. Sie verfügen oft nicht über eine grundlegende Wasserversorgung und sind gezwungen, teure oder extrem unsichere Quellen zu nutzen. Häufig zahlen sie sogar mehr für ihr Wasser als wohlhabendere Gruppen mit besserem Zugang zur Wasserversorgung. Die Wasserinfrastruktur ist in vielen ländlichen Gebieten nach wie vor äußerst spärlich, so dass Millionen von Frauen, Männern und Kindern nicht mit Wasser- und Sanitärleistungen versorgt werden. Darüber hinaus sind die institutionellen Kapazitäten, einschließlich der Mobilisierung inländischer Ressourcen und der Zuweisung von Haushaltsmitteln - sowohl auf nationaler als auch auf subnationaler Ebene - nicht ausreichend, um den Wartungsbedarf der installierten Wasserinfrastruktur zu decken.²⁷

Studien weisen auf, dass die Investitionen in Wasserversorgung in Entwicklungsländern in den letzten 10 Jahren um 15 %-20 % zurück gegangen sind. Dies liegt zum einen an der Öffnung des Wassemarktes für private Firmen, die bestehende Systeme übernehmen, aber nicht ausreichend reinvestieren, und zum anderen an fehlender Prioritätensetzung von Regierungen. Dies steht im Widerspruch zu den nötigen Anstrengungen.

Der Wassersektor zieht aufgrund seines wirtschaftlichen Potenzials das Interesse privater Investoren und Unternehmen auf sich. Unternehmen und Banken fördern die Landnahme, die Privatisierung der Wasserinfrastruktur und den Handel mit abgefülltem Wasser oder mit Wasser an der Börse. Wenn Ländern beispielsweise internationale Kredite angeboten werden, kann dies an die Bedingung geknüpft sein, dass sie ihren Wassermarkt öffnen. Wasser ist eine Ressource, die von Investoren und Unternehmern als handelbares Gut betrachtet wird, das dem Markt unterworfen werden sollte. Die Logik des Marktes besagt, dass die Wasserpreise steigen, wenn es knapp ist. Letztlich erschwert dies armen Bevölkerungsgruppen mit geringen finanziellen Möglichkeiten den Zugang zu Wasser in Zeiten der Knappheit - eine Situation, die mit der Anerkennung von Wasser als Menschenrecht nicht vereinbar ist.²⁸

Eine funktionierende Daseinsvorsorge mit klarer Priorisierung in internationalen Verhandlungen, Erhöhung von Investitionen und aufrichtige Wasserpolitik würde die Möglichkeit schaffen für ein würdevolles Leben für Millionen von Menschen. Laut WTO (World Meteorology Organisation) haben 80% der Länder weltweit keine ausreichenden Daten, um ihre Wasservorkommen, die Einsickerung, die Regenspenden und Abflüsse zu bewerten, und darauf aufbauend wissenschaftsbasierte Lösungen zu erarbeiten. Der Aufbau von handlungsfähigen Institutionen ist ein Schlüssel, um ganzheitliches Wassermanagement zu betreiben.

Es ist deutlich, dass eine Diversität von Ansätzen nötig ist: wassersparende Lösungen, Abwasserwiedernutzung, Regenwassersammlung und -versickerung, Wiederaufbau von Wasserökosystemen (Feuchtgebiete, Wälder, Flusslandschaften etc.) und Herausarbeiten von gemeinsamen Interessen bei der Wassernutzung. Dabei ist die Kooperation mit den Menschen vor Ort innerhalb der lokalen Gemeinschaften ein zentraler Aspekt. Die Erfahrung unserer Arbeit mit den Partnerorganisationen zeigt auf, dass die Zusammenarbeit dann einen Unterschied macht, insbesondere für jene, die übermäßig betroffen sind.

²⁷ UN-Weltwasserbericht_2019_WWDR_Englisch.pdf (unesco.de)

²⁸ Misereor strategy paper on water resources management, water supply, sanitation and hygiene

3) Frauen und Mädchen als besonders betroffene Gruppen von Nahrungsmittelknappheit - Ursachen, Konsequenzen und Gegenmaßnahmen

3.1) Ursachen und Konsequenzen

Während der Corona-Pandemie wurde besonders deutlich, dass Frauen und Mädchen in Krisensituationen überproportional von Hunger und Ernährungsunsicherheit betroffen sind: Im Jahr 2020 litten nach offiziellen Zahlen 10 Prozent mehr Frauen als Männer unter Ernährungsunsicherheit.²⁹ Doch Frauen sind nicht nur häufiger, sie sind auch anders betroffen von Hunger und Ernährungsunsicherheit als Männer. Beispielsweise zeigt eine Metaanalyse, dass Ernährungsunsicherheit in Low and Middle Income Countries mit einer höheren Wahrscheinlichkeit von Gewalt gegen Frauen und Mädchen verbunden ist und erklärt dies u.a. durch die Ungleichheit der Geschlechter, wirtschaftliche Deprivation und soziale Isolation.³⁰

Geschlechtsspezifische Diskriminierung ist eine der Ursachen dafür, dass Hunger sowie Mangelernährung Frauen und Mädchen häufiger treffen. Wenn sie außerdem aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe und/oder Herkunft Diskriminierung erfahren, werden das Recht auf angemessene Nahrung und weitere Rechte besonders häufig verletzt und ihre Anfälligkeit für Ernährungsunsicherheit weiter erhöht.

Zu den Ursachen zählen ungleiche Machtverhältnisse und patriarchale Strukturen. Noch immer haben Mädchen und Frauen oftmals schlechtere Voraussetzungen zur Schule zu gehen und sich weiterzubilden. Außerdem besitzen Frauen nur selten Land und Produktionsmittel, mit denen sie selbst wirtschaften können. Dies, obwohl sie einen relevanten Anteil an der Arbeit in der Landwirtschaft leisten. Zahlen aus Indien zeigen, dass 41 Prozent der in der indischen Landwirtschaft Tätigen Frauen sind, sich aber nur 14 Prozent der Betriebe in Frauenhand befinden.³¹ Auch in Deutschland werden laut einer aktuellen Studie nur 11% der landwirtschaftlichen Betriebe von Frauen geleitet.³² Mit ihrer Arbeit in Familie, Landwirtschaft und Wirtschaft stützen Frauen Gesellschaften weltweit, erhalten jedoch weder ausreichend Anerkennung noch angemessene Entlohnung und sind selten an Entscheidungen beteiligt, etwa in der Politik, am Arbeitsplatz oder im eigenen Haushalt. In vielen Gesellschaften gelten noch immer tradierte soziale und kulturelle Rollenzuschreibungen, die zu Benachteiligung führen und Abhängigkeiten aufrechterhalten.

Frauen spielen eine entscheidende Rolle für die Ernährungssicherheit im Haushalt und sind häufig für den Nahrungsmittelkonsum in der Familie verantwortlich. Sie neigen dazu, den Bedürfnissen anderer Haushaltsmitglieder Vorrang einzuräumen, insbesondere in Zeiten der Knappheit, und ihre eigene Nahrungsaufnahme zu reduzieren, was sich negativ auf ihren eigenen Ernährungszustand auswirkt. Infolgedessen können Frauen und Mädchen weniger und/oder qualitativ minderwertige Nahrungsmittel zu sich nehmen, wodurch sie einem

²⁹ FAO, IFAD, UNICEF, WFP, WHO: The State of Food Security and Nutrition in the World 2022.

³⁰ HLPE (2023): Reducing inequalities for food security and nutrition. Online unter: <https://www.fao.org/3/cc6536en/cc6536en.pdf>

³¹ Agriculture Census 2015–2016.

³² Thünen Institut, Georg August Universität Göttingen (2022): Lebenssituation von Frauen in der Landwirtschaft in Deutschland https://www.studie-frauen-landwirtschaft.de/fileadmin/studiefrauenlandwirtschaft/Projekt/Policy_brief/Policy_Brief_final_web.pdf

höheren Risiko von Hunger und Unterernährung ausgesetzt sind. Daher ist es notwendig, die geschlechtsspezifische Diskriminierung bei der Bekämpfung der Ernährungsunsicherheit anzugehen.³³

3.2) Ansätze und Maßnahmen für Geschlechtergerechtigkeit im Ernährungssystem

Die Rolle von Frauen im Ernährungssystem stärken

Ob in der Landwirtschaft, der Lebensmittelverarbeitung, dem Verkauf oder bei der Zubereitung von Nahrung: Frauen leisten einen großen Teil der Arbeit, bleiben aber häufig unsichtbar. Sie sind von politischen Entscheidungen und Verhandlungen oft ausgeschlossen – auch bei solchen zu ihren eigenen Belangen – und ihre Möglichkeiten werden oft beschränkt.

- Es gilt, Transparenz und Sichtbarkeit für geschlechtsspezifische Ungleichheiten zu schaffen. Die Bundesregierung sollte Ressourcen zur Verfügung stellen, um die Datenlage zu Frauen im Ernährungssystem zu verbessern.
- Politische Programme und Projekte sollten den Zugang von Frauen zu Land, natürlichen Ressourcen, Bildung und Beratung sowie Krediten und Märkten fördern. Sie sollten Frauenorganisationen und -netzwerke stärken und in politische Entscheidungen einbeziehen.

Frauen in Krisen besonders schützen

Krisensituationen verschärfen die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Zudem steigt das Risiko von sexualisierter, geschlechtsspezifischer und häuslicher Gewalt durch krisenbedingten sozialen und wirtschaftlichen Stress. Auf der Flucht sind Frauen und Mädchen besonders gefährdet. All das wirkt sich negativ auf die Ernährungssicherheit in den jeweiligen Lebensumständen aus.

- Nationale Regierungen und internationale Organisationen sollten die Situation von Frauen und Mädchen in Krisenzeiten besonders in den Blick nehmen. Sie sollten erfassen, wie genau Frauen und Mädchen betroffen sind, und Maßnahmen ergreifen, die sie entsprechend stärken und schützen.

Eine feministische Agrarökologie fördern

Das agrarindustrielle Ernährungssystem verschärft die Hungersituation und gefährdet die Lebensgrundlagen. Agrarökologie hingegen fördert ökologisches Wirtschaften und zielt auf gerechte gesellschaftliche Verhältnisse ab. Die Diversifizierung von Produktion und Einkommen sowie horizontale Formen der Wissensweitergabe – besonders auch in Frauengruppen – ermöglichen eine neue Rollenverteilung und Sichtbarkeit für Frauen in der Landwirtschaft und Vermarktung. Die Erzeugung vielfältiger und gesunder Lebensmittel verbessert die Ernährung von Frauen und Mädchen.

- Die Bundesregierung sollte spezifische Programme für Frauen und Agrarökologie auflegen. Diese sollten zum Beispiel die Vergabe von Krediten, die Finanzierung agrarökologischer Beratungsprogramme speziell für Frauen und die Unterstützung von Frauenorganisationen in Ländern des Globalen Südens umfassen.

³³ Voluntary Guidelines on Gender Equality and Women's and Girls' Empowerment in the Context of Food Security and Nutrition (fao.org)

Armut bekämpfen und wirtschaftliche Gleichberechtigung fördern

Frauen sind besonders von Armut betroffen.³⁴ Ihre Arbeit ist oft unter- oder unbezahlt; in globalen Wertschöpfungsketten werden sie strukturell benachteiligt.

- Die Rechte von Frauen sollten ein zentraler Pfeiler der deutschen Wirtschaftspolitik sein. Die Bundesregierung sollte sich für ein europäisches Lieferkettengesetz einsetzen – für angemessene Löhne und gute Arbeitsbedingungen weltweit.
- Das BMZ sollte erheblich mehr Mittel für die Frauenförderung bereitstellen. Dabei sollte insbesondere die Finanzierung von Projekten, die Frauenförderung als Schwerpunkt haben, deutlich ausgebaut werden

Diskriminierung von Frauen und Gewalt gegen sie beenden

Geschlechtsspezifische Diskriminierung ist eine der Ursachen dafür, dass Hunger sowie Mangelernährung Frauen und Mädchen häufiger treffen. Wenn sie auch aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Hautfarbe und/oder ländlichen Herkunft Diskriminierung erfahren, werden ihr Recht auf angemessene Nahrung und weitere Rechte besonders häufig verletzt. Bei Landkonflikten gefährdet Gewalt ihre körperliche Unversehrtheit oder gar ihr Leben.

- Die Bundesregierung sollte sich weltweit im Dialog mit nationalen Regierungen für die Umsetzung und den Schutz von Frauenrechten einsetzen. Zum Beispiel sollten bestehende Gesetze und Vorschriften, insbesondere zu Eigentum und Erbschaft, daraufhin überprüft werden, ob sie Frauen benachteiligen.
- Zudem sollte sich die Bundesregierung für die Umsetzung der „Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern“ der UN weltweit stark machen und insbesondere die Landrechte von Frauen fördern.

Feministische Außen- und Entwicklungspolitik umsetzen

Die feministische Außen- und Entwicklungspolitik ist ein vielversprechender Ansatz, den die Bundesregierung konsequent umsetzen sollte. Ziel muss sein, patriarchale und postkoloniale Machtverhältnisse umfassend zu verändern. Das betrifft auch globale Lieferketten. Deshalb darf der Ansatz nicht auf das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) beschränkt bleiben.

- Das BMZ sollte Frauenorganisationen und soziale Bewegungen im Globalen Süden daran beteiligen, die feministische Entwicklungspolitik konkret zu gestalten.
- Um Wirkung zu entfalten, muss eine feministische Entwicklungspolitik ressortübergreifend stattfinden und insbesondere vom Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Finanzministerium aufgegriffen und weitergeführt werden.

³⁴ World Bank Group (2018): Gender Differences in Poverty and Household Composition through the Life-cycle. A Global Perspective. Online unter: <http://documents1.worldbank.org/curated/en/135731520343670750/pdf/WPS8360.pdf>

Wenn wir als Weltgemeinschaft dem Ziel „Zero Hunger“ (Null-Hunger-Ziel) näherkommen wollen, müssen wir weltweit Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern identifizieren und patriarchale Strukturen überwinden. Die Rechte von Frauen müssen anerkannt und geschützt, ihre Teilhabe ermöglicht werden. Frauen kämpfen vielerorts für Ernährungssouveränität. Um Hunger zu beenden, muss insbesondere ihr Beitrag im globalen Ernährungssystem anerkannt, gerecht entlohnt und politisch unterstützt werden. Auch die deutsche Entwicklungspolitik sollte gezielte Maßnahmen und Programme auf- und umsetzen, die Frauen und Mädchen stärken, strukturelle Benachteiligung beenden und Geschlechtergerechtigkeit im Ernährungssystem fördern.³⁵

4) Die internationale Gemeinschaft im Kampf gegen den Hunger Bewertung der Strategie der FAO zur Hungerbekämpfung unter chinesischer Leitung

Die FAO unter chinesischer Leitung betrachtet den Privatsektor zunehmend als einen wichtigen Akteur im Rahmen ihrer Mission, Hunger zu bekämpfen und die Landwirtschaft zu fördern. Problematisch ist, dass die FAO unter dem Begriff "Privatsektor" eine Mischung verschiedener Akteure zusammenfasst, von Landwirt*innen und Bauernorganisationen über kleine und mittlere Unternehmen (KKMU) bis hin zu multinationalen Unternehmen und Handelsverbänden.

Dieser Ansatz lässt außer Acht, dass sich diese verschiedenen Akteure in ihrer Art, ihrem Mandat und ihren Zielen deutlich unterscheiden, auch in Bezug auf ihre Interessen und Macht. Besonders groß ist das Risiko einer unangemessenen Beeinflussung oder Vereinnahmung vor allem durch Großunternehmen, Industrie- und Handelsverbänden, privatwirtschaftlichen Konsortien und philanthropischen Stiftungen, welche die große Mehrheit der Partnerschaften ausmachen. Daher sind wirksame Mechanismen für die Rechenschaftspflicht und öffentliche Transparenz von grundlegender Bedeutung, um sicherzustellen, dass nichtstaatliche Akteure (non-state actors) die Prioritäten der FAO nicht ungebührlich beeinflussen.³⁶

Von Menschenrechtsexpert*innen und zivilgesellschaftlichen Organisationen wird die Oktober 2020 unterzeichnete Absichtserklärung mit CropLife International besonders kritisch gesehen. Zu den Mitgliedern des globalen Handelsverbands zählen die weltweit größten Pestizid- und Saatgutunternehmen, darunter BASF, Bayer Crop Science, Corteva Agriscience, FMC und Syngenta. Die CropLife-Mitgliedsunternehmen erwirtschaften über ein Drittel (35 %) ihres Umsatzes mit hochgefährlichen Pestiziden (HHPs), welche das höchste Risiko für die menschliche Gesundheit und Umwelt darstellen.³⁷ Dies untergräbt den bestehenden internationalen Code of Conduct on Pesticide Management von WHO und FAO.³⁸ Des Weiteren gefährdet die Vereinbarung

³⁵ Herausforderung Hunger (misereor.de)

³⁶ CorporateCaptureoftheFAO-EN.pdf (fian.org)

³⁷ Gaberell, Laurent and Viret, Géraldine. (20 February 2020). Pesticide giants make billions from bee-harming and carcinogenic chemicals. Public Eye. <https://www.publiceye.ch/en/media-corner/press-releases/detail/pesticide-giants-make-billions-from-bee-harming-and-carcinogenic-chemicals>

³⁸ Während die Absichtserklärung mit CropLife International die "Verringerung der Pestizidrisiken durch solides Management" vorsieht, bezieht sich der Internationale Verhaltenskodex auf die Verringerung der Abhängigkeit von Pestiziden und anderen externen Betriebsmitteln (Artikel 1.7.3 S.2, Artikel 3.10 S.8). FAO and World Health Organization. (2014). The International Code of Conduct on Pesticide Management. <https://www.fao.org/publications/card/en/c/I3604E>

mit CropLife die Integrität, Unabhängigkeit und Neutralität der FAO, steht ihrem Engagement für Agrarökologie entgegen und ist unvereinbar mit den Verpflichtungen der FAO zur Wahrung der Menschenrechte, wie das Recht auf angemessene Nahrung, Gesundheit, sauberes Wasser, sicheren Arbeitsbedingungen und eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt.

Daher sollte die FAO unverzüglich ihre Partnerschaft mit CropLife International beenden, sowie sonstige Unternehmenspartnerschaften, die in Interessenkonflikten zum Mandat der FAO stehen. Dazu gehören insbesondere Hochrisikosektoren wie die Agrochemie-, Fast Food-, Tabak- und Getränkeindustrie.

Als öffentliche Institution hat die FAO dem öffentlichen Interesse zu dienen. Diese Rolle darf nicht durch Partnerschaften beeinträchtigt werden, die die Organisation in Interessenkonflikte bringen. Daher muss – wo immer Zusammenarbeit mit dem Privatsektor besteht – diese klaren Regeln folgen, Transparenz und Unparteilichkeit ermöglichen und klare Mechanismen der Rechenschaftspflicht schaffen.

Die Mitgliedstaaten, darunter auch die deutsche Bundesregierung, sollten die FAO auffordern, ihr Mandat als multilaterale UN-Organisation, die für die Förderung des Menschenrechts auf Nahrung und Ernährung zuständig ist, auszufüllen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um den unzulässigen Einfluss von Unternehmen auf ihre strategische Richtung und Arbeit einzudämmen.³⁹

Besonders wichtig – und positiv hervorzuheben – ist in diesem Kontext die fortbestehende Förderung des BMEL für die FAO Arbeit zum Menschenrecht auf Nahrung, die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern (VGGT) und für nachhaltige Erzeugung und standortangepasste Produktionsmethoden.⁴⁰

5) Konkurrenz um Ressourcen

Agrarproduktion für Fleisch- und Energieproduktion und die Rolle des Bevölkerungswachstums

Wie bereits unter 1.1) nahegelegt ist Hunger in erster Linie ein politisches Problem und die Folge struktureller Ungleichheiten, und kein Produktionsproblem. Es werden aktuell ausreichend Nahrungsmittel produziert, um alle Menschen zu ernähren.⁴¹ Vielmehr handelt es sich um eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit und des Zugangs der Menschen zu Nahrung. Der Blick auf das Bevölkerungswachstum blendet diese Fragen aus.

In der EU geht ein erheblicher Teil der Getreideproduktion - und damit auch des Flächen- und Ressourcenverbrauchs - in die Fleisch- und Energieproduktion, statt für die menschliche Ernährung zur Verfügung zu stehen. Die Getreideproduktion der EU wird zu fast zwei Drittel als Tierfutter verwendet. Etwa ein Drittel ist für den menschlichen Verzehr bestimmt, und 3 % werden zu Biokraftstoffen verarbeitet.⁴² Der Versorgung von Menschen sollte Vorrang vor der Herstellung tierischer Produkte sowie von Agroenergie gegeben werden. Hier liegt ein relevanter Hebel zur Hungerbekämpfung.

³⁹ CorporateCaptureoftheFAO-EN.pdf (fian.org)

⁴⁰ BLE - FAO-Zusammenarbeit - Bilateraler Treuhandfonds

⁴¹ Can we feed the world and ensure no one goes hungry? | UN News

⁴² Getreide (europa.eu)